U18

#dannwaehldoch

Im Zuge des sächsischen Superwahljahres 2019 setzen der Kinder- und Jugendring Sachsen und das Flexible Jugendmanagement in Kooperation diverse Aktionen zu den bevorstehenden Wahlen um. Ziel ist es, (zukünftige) Erstwähler_innen zur Auseinandersetzung mit politischen Fragestellungen zu motivieren und über eigene Bedürfnisse, Anliegen und Haltungen zu diskutieren. Für die Entwicklung zu mündigen und demokratisch handelnden Persönlichkeiten ist es notwendig, politische Bildungsangebote für Jugendliche bereit zu halten und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

*In Vorbereitung auf die sächsische Landtagswahl am 01.09.2019 wurde die Instagram-Kampagne **#dannwaehldoch** gestartet. Dazu wurden **unter Jugendlichen** 15 Fragen gesammelt, die sie Politiker_innen stellen wollen – mit Themen, die Jugendliche betreffen und sonst häufig nachrangig behandelt werden. Die daraus entstandenen Wahlprüfsteine geben Jugendlichen in Form eines Wahl-O-Mat Aufschluss über die politischen Anliegen der Parteien in Sachsen.*

*Um im Besonderen die **jungen Menschen und Erstwähler_innen** im Landkreis Leipzig zu motivieren, sich mit der Kreistagswahl am 26.05.2019 auseinanderzusetzen, wurden sie erneut dazu aufgefordert, die ihnen fünf wichtigsten Fragen auszuwählen. Diese wurden den aktuell zur Kreistagswahl antretenden Parteien zur Beantwortung vorgelegt.*

Die Ergebnisse und Antworten der Parteien finden sich in diesem Flyer wieder. Die vorliegenden Informationen sollen einen Überblick über die Ansichten der Parteien zu Jugend-Themen bieten und zur Diskussion mit Jugendlichen animieren.

Weitere Anregungen und Bespiele zur methodischen Arbeit mit Jugendlichen rund um das Thema Wahl findet man unter:

U18.org
flexjuma.de
u18.kjrs.de

Es wurden alle zur Kreistagswahlen antretenden Parteien um Teilnahme und Antworten gebeten.
In diesem Faltblatt sind nur Antworten (im Wortlaut) der Parteien, die sich um eine Beantwortung der Fragen bemüht haben.

1) Mit welchen Maßnahmen würden Sie mehr Räume und Jugendclubs für Jugendliche erhalten bzw. schaffen?

CDU:
Mehr Räume ist sehr „allgemein“ formuliert.
Zunächst müssten Bestand und Bedarf gegenüber gestellt und geprüft werden. Es muss einen Bedarf geben, der Erhalt und Schaffung sowie damit verbundene Kosten rechtfertigt.
Uns wäre dabei wichtig, die Jugendlichen aktiv einzubeziehen, auch zur „Eigeninitiative und Eigenverantwortung“ zu motivieren.

Die Grünen:
Für eine effektive Jugendarbeit sind entsprechende räumliche Gegebenheiten notwendig. Für die Nutzung können und sollen städt. Gebäude und Liegenschaften genutzt werden, die in Zusammenarbeit mit Jugendlichen und nach Möglichkeit mit dem Jugendstadtrat vor Ort auf ihre Nutzbarkeit geprüft werden sollten. Lassen sich keine kommunalen Gebäude für diese Zwecke finden, ist es notwendig, entsprechende Räume durch die Stadtverwaltung anmieten zu lassen.
Diese Maßnahmen treffen selbstverständlich nicht nur auf Jugendclubs, sondern auch auf Skateparks, Sportflächen und Räume für Konzerte und Veranstaltungen (bzw. Mehrzweckhallen) zu.

Die Linke:
Der Landkreis und seine Kommunen müssen ihrer Verantwortung für offene Kinder- und Jugendarbeit nachkommen. Wir setzen uns dafür ein, dass in jeder Kommune ein Ort etabliert wird, an dem sich Kinder und Jugendliche treffen, ihre Freizeit gestalten und kreativ tätig sein können. Wir richten unser Augenmerk aber auch auf junge Erwachsene bis 27 Jahre. Dazu gehört neben einer breiten Vielfalt von Kultur-, Freizeit- und Sportmöglichkeiten auch die Teilhabe an der Entwicklung der jeweiligen Kommune z.B. durch Mitarbeit in einem Jugendparlament, deren Arbeit bzw. Gründung unsere volle Unterstützung hat.

FDP:
Durch wertschätzende Zusammenarbeit mit Schülerräten und Jugendparlamenten muss frühzeitig ein Fokus auf Interessen von Schülern und Jugendlichen gelegt werden. Regelmäßiger Austausch hilft dabei Lösungen zu Treffpunkten und gewünschten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu finden. Jugendliche benötigen mit nur feste Räume sondern auch ansprechende Freiflächen.

SPD:
Wir setzen uns als SPD für mehr Jugendbeteiligung im Landkreis ein. So ist die Errichtung eines Jugendbeirats auf Kreisebene eines unserer Ziele. Die Städte und Gemeinden würden wir weiterhin über das Jugendamt in Fragen über Jugendclubs beraten.

Unabhängige Wählervereinigung Ute Kniesche:
Grundsätzlich finde ich es besser, wenn die Jugendlichen selbst die Möglichkeiten erhalten, sich Räume und Jugendclubs ausgestalten zu können. Deshalb ist es notwendig in den Städten und Gemeinden passende Räumlichkeiten dafür zu finden. Mir wäre es lieb, wenn die Kommunen eine entsprechende Finanzausstattung vom Land erhalten, um für notwendige bauliche Maßnahmen Gelder zur Verfügung stellen zu können. Betriebskosten könnten durch eventuelle Mitgliedsbeiträge teilweise selbst übernommen werden.

AFD: --

2) Verbote helfen nicht weiter – Wie stehen Sie zur Entkriminalisierung von Cannabis?

CDU:
„Verbote helfen nicht weiter“ ist hier falsch, könnte zu schnell auch auf andere … u.a. Alkohol, Drogen, bezogen und verallgemeinert werden- Falscher Ansatz.
Siehe Alkoholverbot für Minderjährige.
Bei medizinischer Relevanz und Sinnhaftigkeit- JA
(Zuständigkeit beachten -> BUND/ Bundestag)

Die Grünen:
Wir GRÜNE wollen den Cannabismarkt nicht mehr kriminalisieren, sondern unter strengen Auflagen legalisieren. So kann der Markt endlich staatlich überwacht und kontrolliert werden. Wir wollen den straffreien Eigengebrauch von Cannabis auf 15 Gramm erhöhen.
In besonderem Maß erforderlich sind jedoch ebenfalls zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Drogen, sowie eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe in allen Regionen Sachsens. Ebenfalls notwendig ist die verbesserte Aus- und Weiterbildung der Polizei im Hinblick auf die Drogen- und Suchtproblematik.
Zusätzlich fordern wir ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin.

Die Linke:
DIE LINKE im Allgemeinen setzt sich seit längerem dafür ein, dass nicht die Konsumierenden bekämpft werden. Wir brauchen dafür eine Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten, bessere Präventions- und Hilfsangebote bei Suchtproblematiken, und zur Stärkung des Gesundheitsschutzes müssen wir intensiv gegen den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität vorgehen.“ Die LINKE setzt sich für die Freigabe sogenannter „weicher“ Drogen ein.

FDP:
Wir brauchen neues Denken in der Drogenpolitik. In einem ersten Schritt wollen wir daher die kontrollierte Abgabe von Cannabis in Modellprojekten ermöglichen.

SPD:
Auf dem Landesparteitag in Görlitz Ende 2015 haben wir als SPD Sachsen den Beschluss gefasst, den Konsums, den Besitzes und den privaten Anbau von Cannabis und Cannabisprodukten in für den Eigenbedarf üblichen Mengen zu legalisieren.

Unabhängige Wählervereinigung Ute Kniesche:
Laut verschiedenen wissenschaftlichen Studien hilft es, medizinisches Cannabis als Schmerzlinderndes Mittel einzusetzen. Dies wird ja auch schon teilweise umgesetzt.
Eine Entkriminalisierung von Cannabis als Rauschmittel, kann sinnvoll sein, weil dadurch ein krimineller Handel wegfällt und der Staat auf Konsum, Handel und Qualität gezielt Einfluss nehmen kann. Außerdem ist es wichtig über den Konsum und die Folgen aufzuklären. Jeder Mensch ist für seine Gesundheit und sein Leben verantwortlich. Ich zum Beispiel treibe gern Sport und bin an der frischen Luft.

AFD: --

3) Schülerinnen und Schüler verbringen einen Großteil ihres Tages in Bildungseinrichtungen. Wie stehen Sie dazu, die jungen Menschen an der Entwicklung von Lehrplänen zu beteiligen?

CDU:
Geeignete Jugendliche mit einer entsprechender Reife und Verantwortungsbewusstsein könnten durchaus beratend beteiligt werden. Jedoch fehlt es in der Regel an „Lebenserfahrung“, um grundlegende Entscheidungen zu treffen.
Eher halten wir bei der Entwicklung von Lehrplänen die Einbeziehung von „Praktikern“ für sinnvoll, insbesondere mit dem Ziel, die Schüler fit zu machen für eine anschließende Ausbildung als Fachkräfte.
(Zuständigkeit beachten -> Freistaat Sachsen/ Kultus/ Landtag

Die Grünen:
Wir befürworten eine stärkere Einbeziehung demokratischer Schülervertretungen, wie Schülersprecher, Klassensprecher und deren übergeordneter Gremien, um vor Ort auf aktuelle bildungspolitische Problemlagen und Ideen einzugehen.
Ebenso unterstützen wir die aktuelle "fridays for fututre"- Debatte und begrüßen das Engagement der Jugendlichen. Wir wünschten, dass dieses Engagement auch auf anderen Ebenen gewürdigt werden würde und auch der Lehrplan auf den Wissensdurst der Jugendlichen rund um das Thema Klimawandel bereits kurzfristig einginge.

Die Linke:
Wir als LINKE setzen uns für eine breite und intensive Mitwirkung der Schülervertretungen in unseren Schulen ein, was natürlich auch die Mitwirkung an der Erarbeitung von Lehrplänen und deren Inhalten betrifft. Einschränkend wäre hierzu festzustellen, dass die Festlegung von Lehrinhalten und die Erstellung von Lehrplänen auf Landesebene und nicht auf kommunaler Ebene erfolgt. Unabhängig davon unterstützen wir die Gewerkschaft GEW als auch unsere Landtagsfraktion in diesem Themenbereich intensiv.

FDP:
Eine Beteiligung an der Lehrplanentwicklung ist schwierig, aber in Bezug auf Praktika und ergänzende Lernangebote (Wahlpflichtfächer) sollten partizipative Möglichkeiten ausgebaut werden.

SPD:
An der Entwicklung der Lehrpläne sind bereits heute verschiedener Menschen beteiligt, die ihre fachpraktische und fachtheoretische Expertise einbringen. Das Hinzuziehen weiterer Perspektiven bspw. des Landesschülerrates ist für uns vorstellbar.

Unabhängige Wählervereinigung Ute Kniesche:
Das ist meiner Meinung nach eine gute Sache. Wer mitentscheiden kann, zeigt oft auch mehr Interesse. Ich könnte mir vorstellen, dass es schwierig wird alle Meinungen unter einen Hut zu bekommen. Aus meiner Sicht, wäre es ein Versuch wert.

AFD: --